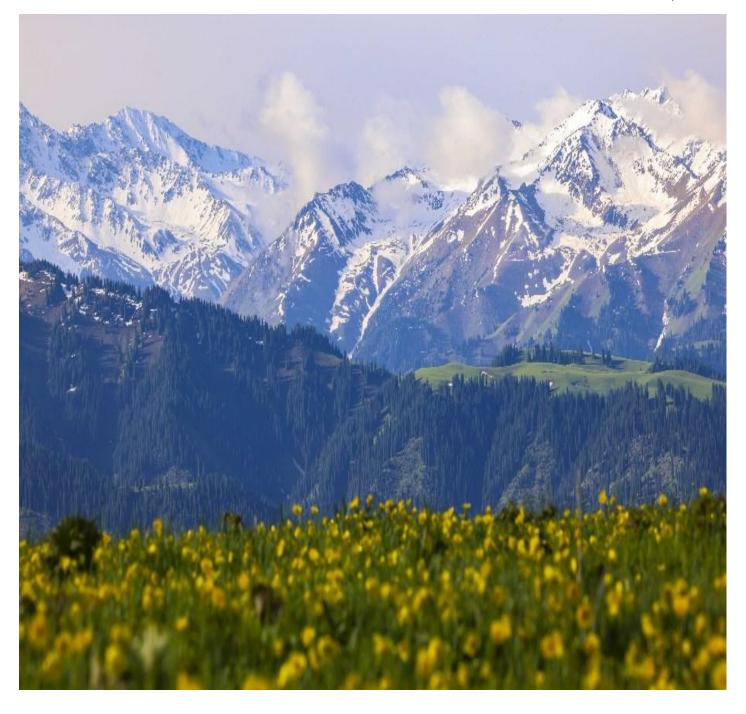
CHINAH

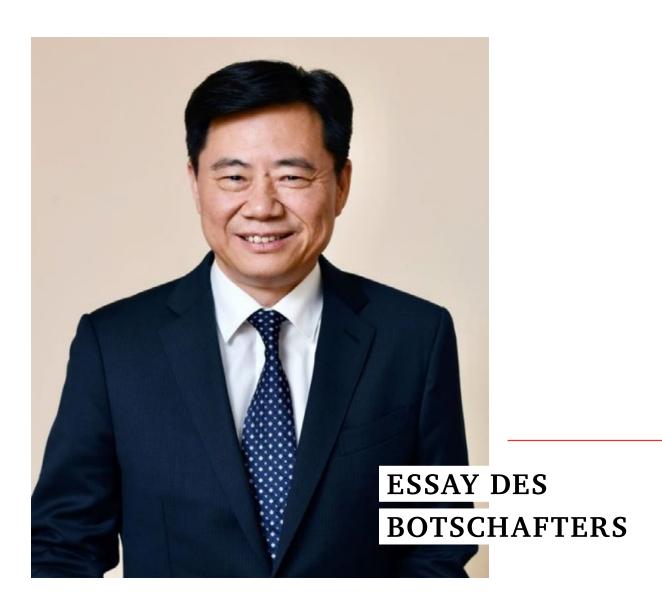
5. **AUSGABE 2022**





NEWSLETTER DER CHINESISCHEN BOTSCHAFT IN DEUTSCHLAND





Für Frieden und Entwicklung

Die heutige Welt ist erschüttert von einer Krise nach der anderen. Der Frieden und die Wirtschaft stehen daher vor nie dagewesenen Herausforderungen. Was jedoch unverändert bleibt, ist das Streben der Menschen nach Sicherheit und einem besseren Leben. Vor diesem Hintergrund hat China die Globale Entwicklungsinitiative und die Globale Sicherheitsinitiative ins Leben gerufen.

In einer Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten der Nationen untereinander muss man in den internationalen Beziehungen die Sicherheit eines jeden Landes respektieren und garantieren, Konfrontationen durch Dialoge ersetzen, Allianzen durch Partnerschaften ablösen und Win-Win-Situationen statt Nullsummen-Spiele anstreben. Wir Chinesen meinen, nur in Frieden kann man sich entwickeln und nur durch Entwicklung lassen sich viele gesellschaftliche Probleme überwinden. Von daher sind wir stets fester Überzeugung, dass für Entwicklungsländer der Anspruch auf Leben und Entwicklung auf dem ersten Platz der Menschenrechte steht und stehen soll. Unser Land ernährt nicht nur ein Fünftel der Weltbevölkerung auf weniger als 9 Prozent der Weltanbaufläche, sondern hat auch das weltweit größte Sozialversicherungssystem sowie ein umfangreiches Gesundheitssystem aufgebaut.

China hat dem Menschenrecht auf ein gutes Leben zur Geltung verholfen, indem die absolute Armut in unserem Land abgeschafft und das Ziel der UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zehn Jahre früher als geplant erreicht wurden. Das ist zweifelsohne ein großer Beitrag Chinas zu Menschenrechten und zwar von globaler Bedeutung. Zudem ist China stets bereit, gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft - natürlich auch mit Deutschland - den gemeinsamen Herausforderungen unserer Zeit entgegenzutreten.

Wu KenBotschafter Chinas in Deutschland



Liebe Leserinnen und Leser,

China und Deutschland wachsen seit 50 Jahren diplomatisch und wirtschaftlich immer weiter zusammen. Beide sind mit der Entwicklung des jeweils anderen Landes verbunden und profitieren davon. Es ist ein Vertrauensverhältnis und eine stabile Partnerschaft entstanden. Die Beziehungen zwischen China und Deutschland sind zudem wichtig für den Frieden und den Wohlstand der Welt. Darüber haben Xi Jinping und Olaf Scholz sowie Wang Yi und Annalena Baerbock im vergangenen Monat ausführlich gesprochen.

Chinas Anteil an der Weltwirtschaft wächst, der Anteil des Renminbi am SZR-Korb des IWF wurde erhöht. China ist sechs Jahre in Folge Deutschlands wichtigster Handelspartner und die Direktinvestitionen steigen in beide Richtungen. Die Lieferketten zwischen China und Deutschland sind komplex und die beiden Volkswirtschaften verschmelzen eng miteinander. Damit steigen aber auch die Sorgen vor der Abhängigkeit von China. Zudem kommt mittlerweile die Angst vor einer neuen Konkurrenz hinzu.

Jüngst hört man nicht selten Stimmen wie "Entkopplung von China" in den Medien. Auf diese Bedenken geht Botschafter Wu Ken ein und stellt klar: Die Abhängigkeit beruht auf Gegenseitigkeit. China braucht Deutschland und die Weltmärkte genauso wie umgekehrt. Von daher hat China überhaupt kein Interesse an Rivalitäten. Es wird eine neue Art der globalen lebhaften und innovationsfördernden Konkurrenz geben, aber weder wird China seine Tore schließen noch versuchen, sich zu entkoppeln. China ist ein Teil der Welt.

Auf der anderen Seite sieht sich China vermehrt Angriffen auf verschiedenen Ebenen ausgesetzt und steht immer wieder vor falschen Anklagen. Auch dazu nimmt die Botschaft ausführlich Stellung und stellt den Gerüchten die Fakten gegenüber bzw. macht Chinas berechtigte Interessen transparent und klar.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre CHINAH-Redaktion-



Videogespräch zwischen Xi Jinping und Olaf Scholz

Am 9. Mai führten Chinas Staatspräsident Xi Jinping und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz ein Videogespräch zu mehreren globalen Themenbereichen. Dabei betonte Xi, dass die Welt derzeit komplexe Veränderungen erlebe, bei denen die globale Sicherheit und Entwicklung auf Schwierigkeiten stoßen. In diesen wechselhaften Zeiten brauche es Stabilität und Berechenbarkeit und hier seien einflussreiche Länder wie China und Deutschland gefordert, eine führende Rolle zum Wohle des Friedens und der Sicherheit der Welt zu übernehmen.

Mit Blick auf die vergangenen 50 Jahre der chinesisch-deutschen

Beziehungen würdigte Xi deren gute Entwicklung und unterstrich, dass beide Seiten davon profitiert hätten. Möglich wurde der Erfolg, weil man stets Respekt für den anderen aufgebracht habe und weil die Zusammenarbeit auf dem Win-Win-Prinzip aufgebaut sei. An diesen Grundsätzen gelte es festzuhalten und China sei sehr daran interessiert, die bilaterale Zusammenarbeit künftig noch weiter zu vertiefen, besonders in den Bereichen Umweltschutz, Finanzstabilität, Digitalisierung und Lieferkettenstabilität. Dazu böte Chinas neues Entwicklungsmodell vermehrt Chancen. Beide Seiten tauschten auch Ansichten zu den Beziehungen zwischen China und der EU aus.



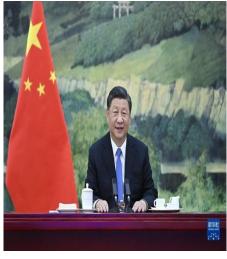
Videokonferenz

Staatsrat und Außenminister Wang Yi sprach am 24. Mai per Videoschalte mit Außenministerin Annalena Baerbock über das 50-jährige Bestehen der chinesisch-deutschen diplomatischen Beziehungen und die aktuellen globalen Themen. Beide Seiten lobten die tiefgreifenden Partnerschaften auf allen Ebenen und betonten die Bedeutung beider Länder für die Sicherung des Wohlstands und des Friedens auf der Welt. Wang und Baerbock stimmten einem weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen und einer Intensivierung des Austauschs zu.



CHINAS MENSCHENRECHTSPOLITIK







Xi Jinping trifft UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle **Bachelet**

Wang Yi trifft Michelle Bachelet in Guangzhou

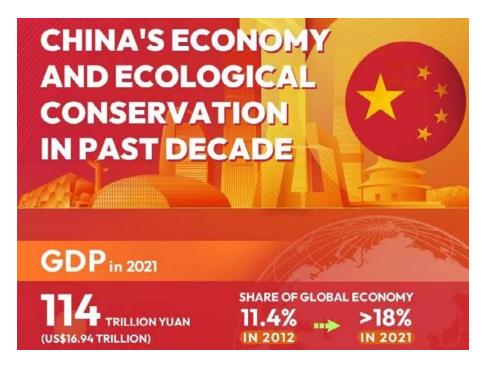
"DER BEGRIFF MENSCHEN-RECHT IST WEIT GEFASST. FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER STEHT DER ANSPRUCH AUF LEBEN UND ENTWICKLUNG AUF DEM

ERSTEN PLATZ."

Bei dem ersten Besuch einer UN-Hochkommissarin für Menschenrechte in China seit 17 Jahren besprach Staatspräsident Xi Jinping mit Michelle Bachelete die wichtigsten Fragen der Entwicklung der Menschenrechte in China sowie Chinas Menschenrechtspolitik. Dabei hob er hervor, dass Menschenrechte mehrere Aspekte hätten. In China gehörten Sicherheit, Wohlstand und die Aussicht auf ein besseres Leben zu den allerwichtigsten Menschenrechten und dafür kämpfe die KPCh seit ihrer Geburtsstunde. China vertritt die Auffassung, dass die Menschenrechtssituation in einem Land am Grad der Zufriedenheit und des Glücksgefühls seiner Bevölkerung gemessen werden sollte und dieser Wert sei in China extrem hoch. Realitätsferne und eins zu eins kopierte Modelle würden nicht nur auf Anpassungsschwierigkeit stoßen, sie könnten sogar zu katastrophalen Folgen führen, unter denen letztendlich das Volk zu leiden habe. Beispiele gebe es schon genug. Man müsse deshalb Lehren daraus ziehen. Vor diesem Hintergrund wies Xi auch die wiederkehrende Politisierung und Instrumentalisierung der Menschenrechtsfrage in China als unangemessen und verfehlt zurück.

Der chinesische Staatsrat und Außenminister Wang Yi hat bei einem Treffen mit der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet am 24. Mai die chinesische Position zu Menschenrechtsfragen erläutert. Wang erklärte dazu, China habe als Entwicklungsland dem Recht der Bevölkerung auf einen angemessenen Lebensstandard sowie eine Existenz in Frieden und Sicherheit immer die höchste Priorität eingeräumt. Entsprechend sehe man in der Beseitigung der Armut und der Errichtung des weltweit größten Sozialversicherungs- und Gesundheitssystems eine erfolgreiche Umsetzung der Menschenrechte. Multilaterale Menschenrechtsinstitutionen sollten zur Bühne für Zusammenarbeit und Dialog werden und nicht zu einem neuen Schlachtfeld für spaltende Konfrontation.

CHINAS WIRTSCHAFT

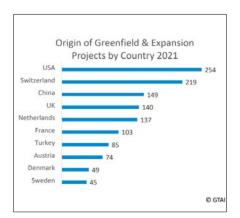


Chinas Anteil an der Weltwirtschaft springt auf über 18 Prozent

Chinas Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im Jahr 2021 die 114 Billionen Yuan (16,94 Billionen US-Dollar) Marke erreicht und hat damit einen Anteil von 18 Prozent an der Weltwirtschaft. Im Jahr 2012 lag der Anteil noch bei 11,4 %. Das Pro-Kopf-BIP in China hat 12.500 US-Dollar erreicht und liegt damit dicht an der Schwelle für Volkswirtschaften mit hohem Einkommen. Der Status von China als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt hat sich damit weiterhin gefestigt. Der Beitrag des chinesischen Wirtschaftswachstums zum Wachstum der Weltwirtschaft hat sich in den letzten Jahren bei ca. 30 % gehalten. Damit ist China nach wie vor der größte Wachstumsmotor der Weltwirtschaft.

Zahl von Investitionsprojekten chinesischer Unternehmen in Deutschland 2021 auf Platz drei

Die Zahl der Investitionsprojekte von chinesischen Unternehmen in Deutschland lag im Jahr 2021 bei 149 und damit auf Platz drei, direkt hinter den USA und der Schweiz. Insgesamt verzeichnete der "Bericht über Investitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland 2021" der Germany Trade & Invest 1.806 Vorgänge. Dem Bericht zufolge konzentrieren sich die chinesischen Investitionsprojekte in Deutschland hauptsächlich auf die Bereiche Maschinenbau und Anlagenherstellung, Autoindustrie, Produktion von Lebensmitteln und Konsumwaren sowie Informations- und Telekommunikationstechnologien und Telekommunikationssoftware.

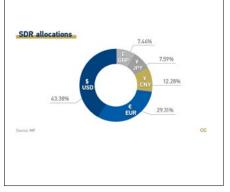


Erhöhung des Anteils des Renminbi am SZR-Korb steigert internationale Attraktivität von RMB-Anlagen

Der Anteil der chinesischen Landeswährung Renminbi (RMB) am Korb der Sonderziehungsrechte (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde laut Presseangaben von 10,92 Prozent auf 12,28 Prozent erhöht. Das entspricht einer Anerkennung der internationalen Gesellschaft für die Leistungen Chinas bei der Reform und Öffnung sowie bei der sozioökonomischen Entwicklung und das wird dazu beitragen, den Status des RMB als internationale Reservewährung sowie die internationale Attraktivität von RMB-Anlagen zu erhöhen.

Das SZR ist ein internationales Reservemedium, das die offiziellen Reserven der IWF-Mitglieder ergänzt. Im Jahr 2016 nahm der IWF den chinesischen RMB Yuan als die fünfte Währung nach dem US-Dollar, dem Euro, dem japanischen Yen und dem britischen Pfund in seinen SZR-Korb auf. Derzeit rangiert der chinesische Yuan nach dem US-Dollar und dem Euro an dritter Stelle im SZR-Korb. Der neue SZR-Korb wird nach Angaben der chinesischen Zentralbank am 1. August dieses Jahres in Kraft treten.

Lesen Sie mehr dazu hier.



FACETTEN CHINAS



395 neue Museen im Jahr 2021 in China eröffnet

Im Jahr 2021 sind in China 395 neue Museen ins Leben gerufen worden. Insgesamt gibt es 6.183 Museen im Land, womit die Volksrepublik weltweit ganz vorne liegt. Davon sind 5.605 Museen eintrittsfrei und deren Besucherzahlen liegen weltweit auf dem ersten Platz. Landesweit wurden 2021 in allen Museen zusammen 36.000 Ausstellungen und 323.000 Bildungsveranstaltungen abgehalten. Trotz der Corona-Pandemie haben die Museen in China 779 Millionen Besucher gezählt. Online wurden mehr als 3.000 Ausstellungen und über 10.000 Online-Bildungsveranstaltungen etabliert. Die Online-Gesamtbesucherzahl lag bei über 4,1 Milliarden.

"DIE WALDFLÄCHE UND DER WALDBESTAND CHINAS HABEN IN DEN LETZTEN 30 JAHREN ZUGENOMMEN, UND AUF CHINA ENTFALLEN MEHR ALS 25 % DER NEUEN GRÜNFLÄCHEN DER WELT."

China will 70 Milliarden Bäume bis 2030 pflanzen und erhalten

Chinas Sondergesandter für den Klimawandel kündigte auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos an, dass China bis 2030 insgesamt 70 Milliarden Bäume pflanzen und schützen wird, um einen eigenen Beitrag im Rahmen der 1t.org Initiative, einer WEF-Plattform zur Wiederherstellung von Ökosystemen, zu leisten. Diese Initiative wird alle gesellschaftlichen Akteure, einschließlich Think Tanks, Universitäten, Unternehmen, Einzelpersonen und Kommunalverwaltungen auf allen Ebenen, dazu ermutigen, sich mit Aktionen zu beteiligen. Bereits in den letzten zehn Jahren hat China mehr als 70 Millionen Hektar Waldfläche wieder aufgeforstet. Chinas 14. Fünfjahresplan hat zum Ziel, die Waldbedeckung bis 2025 auf 24,1 Prozent und den Waldbestand auf bis zu 19 Milliarden Kubikmeter zu erhöhen. Das Projekt gehört zu Chinas Umweltschutzstrategie und dem nationalen Bestreben, dem Klimawandel zu begegnen.





Fast jeder sechste neue Pkw in China fährt mit Batterie

In China wurden 2021 über 3.5 Millionen Fahrzeuge mit alternativem Antrieb (NEV) verkauft, wovon fast jeder sechste Pkw mit Elektromotor lief. Bezogen auf alle Kfz war es beinahe jeder siebte Wagen und gemäß Chinas Plan soll es bis 2025 jeder fünfte sein. Für den NEV-Erfolg spielen Preise sowie Zulassungsrestriktionen für Autos mit Verbrennungsmotoren in einer wachsenden Anzahl von Städten eine große Rolle. Die meisten NEV-Pkw wurden 2021 in Shanghai, Shenzhen und Beijing zugelassen, aber die Neuanmeldungen in Suzhou, Hangzhou und Chengdu verzeichneten den stärksten Zuwachs. Chinesische Hersteller wie BYD, Wuling, NIO und XPeng haben beim Absatz die Nase vorn und erreichten 2021 rund 44 Prozent Marktanteil, wobei sie bei Elektro-Pkw auf einen Anteil von fast drei von vier verkauften Fahrzeugen kommen. Das günstige chinesische Elektroauto ist ab 3.600 Euro zu haben und kostet nur ein Achtel bis ein Siebtel des günstigsten Tesla.

"EINE VONEINANDER ENTKOPPELTE WELT WÜRDE NUR WEITER INSTABILITÄT MIT SICH BRINGEN."



Botschafter WU Ken spricht beim Young Leaders-Programm des BDI

In einer Rede vor jungen Nachwuchskräften der deutschen Wirtschaft ging Botschafter Wu Ken auf die chinesisch-deutschen Beziehungen ein. Er hob hervor, dass sie sich seit 50 Jahren vor allem deswegen so gut entwickelt haben, weil beide Seiten sich mit Respekt und Toleranz begegnen und er verlieh seinem Wunsch Ausdruck, dass es in Zukunft so bleiben möge. Wu trat Befürchtungen entgegen, China könnte seine Tore für die Welt wieder schließen oder ein "Systemrivale" werden. Er verwies darauf, dass beide Volkswirtschaften sich gegenseitig bräuchten und beiderseits eng miteinander verflochten seien. Eine "Entkopplung" hätte für beide Seiten nur schwerwiegende Nachteile. Der Botschafter betonte, dass im Zuge von Chinas neuer Entwicklungspolitik in Richtung Qualität und High Tech zwar eine bestimmte Konkurrenz zu Europa entstehen könnte, das sei aber ein Ansporn zu mehr Innovation auf beiden Seiten und es würde ganz neue Chancen der Kooperation eröffnen. Es sei aber keineswegs eine Gegnerschaft. Zudem seien die chinesisch-deutschen Beziehungen ein Fels in der Brandung der derzeit turbulenten internationalen Beziehungen, der für Stabilität in der Welt sorge und den es zu festigen gelte.

Botschaftssprecherin nimmt Stellung zu verleumderischen Berichten über Xinjiang

Zu den kürzlich von Adrian Zenz in Umlauf gebrachten "Xinjiang Police Files" sagte die Sprecherin der Botschaft, dass sie seiner üblichen Taktik folgten, um China zu diskreditieren.

Stellungnahme zum FAZ-Interview mit einem Vertreter der taiwanesischen Behörden

Die FAZ hat ein Interview mit einem Vertreter Taiwans veröffentlicht, das dem international anerkannten Status Taiwans widerspricht.

Stellungnahme der Botschaft zum Taiwan-bezogenen Antrags des Deutschen Bundestages

Der Antrag des deutschen Bundestages, Taiwan als Beobachter an der Weltgesundheitsversammlung und anderen Mechanismen der WHO zuzulassen, verstößt gegen das Ein-China-Prinzip.

Stellungnahme zur Erklärung der G7-Außenminister zur Wahl des Chefs der Exekutive der Sonderverwaltungszone Hongkong

China weist jegliche Kritik der G7 an der Wahl des Chefs der Exekutive der Sonderverwaltungszone Hongkong zurück.

Stellungnahme zu den Äußerungen im Kommuniqué der G7

Das von der G7 herausgegebene Kommuniqué zum Südchinesischen Meer, Taiwan, Xinjiang, Tibet, Hongkong, Menschenrechten, der Ukraine-Frage und der internationalen Ordnung weist sachliche Mängel auf und ignoriert Chinas Position zu diesen Themen. China missbilligt diese Äußerungen schärfstens und widerspricht dieser Vorgehensweise entschieden.





Komplexe Wirtschaftliche Verflechtungen: Warum Deutschland und China einander brauchen

Michael Hörz beschreibt für ZDFheute die Geld- und Güterströme zwischen China und Deutschland sowie die daraus resultierende wirtschaftliche Abhängigkeit der beiden Länder voneinander.

Seit 6 Jahren ist China Deutschlands wichtigster Handelspartner und 10 Prozent aller Importe Deutschlands kommen aus dem Reich der Mitte. Umgekehrt ist China für manche deutsche Branchen der wichtigste Absatzmarkt. Insgesamt werden Waren im Wert von 245 Milliarden Euro in beide Richtungen verschifft. Eine Störung der komplexen Lieferketten wie durch die Corona-Pandemie trifft beide Länder hart - wenn auch in unterschiedlichen Bereichen.

Deutschland liefert überwiegend hochwertige Produkte wie Autos und Maschinen nach China, umgekehrt exportiert China hauptsächlich einfache Produkte wie Kleidung und Konsumgüter nach Deutschland. Wobei es auch Ausnahmen wie den Drohnenhersteller dii oder den Technologieführer Huawei gibt.

Viele Herstellungsprozesse in der Elektronik- und Chemieindustrie würden in Deutschland nicht ohne Zwischenprodukte und seltene Erden aus China funktionieren. Ebenso liefert China Computer und Mobiltelefone, die in Deutschland kaum noch wegzudenken sind. China auf der anderen Seite braucht neben Hochtechnologien auch die deutschen Märkte für seine Entwicklung und für die Sicherung seines wachsenden Wohlstands.

Die Verflechtungen betreffen auch die Kapitalströme, wobei deutsche Direktinvestitionen in China (89 Mrd. Euro) wesentlich höher sind als chinesische Direktinvestitionen nach Deutschland (4 Mrd. Euro).

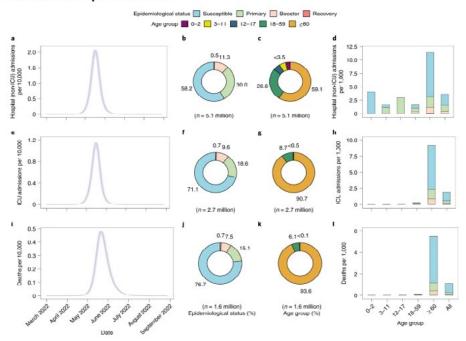
Den ZDF-Beitrag finden Sie hier.

"CHINA IST SEIT 2016 **DEUTSCHLANDS HANDELS-**PARTNER NUMMER EINS. ES **GEHT NICHT UM WEITGEHEND** UNVERARBEITETE ROHSTOFFE WIE ÖL ODER GAS, SONDERN UM PRODUKTE UND ZWISCHEN-PRODUKTE IN KOMPLEXEN LIEFERKETTEN."

THEMA DES MONATS

Fig. 1: Projected SARS-CoV-2 Omicron burden in China for baseline scenario from March 2022 to September 2022.

"EINE SOFORTIGE AUFHEBUNG DER NO-COVID-POLITIK HÄTTE KATASTROPHALE FOLGEN UND WÜRDE IN LETZTER INSTANZ 1,55 MILLIONEN MENSCHEN DAS LEBEN KOSTEN."



Nature-Studie: Eine gänzliche Aufhebung der dynamischen Null-Covid-Politik hätte katastrophale Folgen. Aber eine Abschwächung wäre denkbar.

Der Lockdown in Shanghai hat für viele Schlagzeilen sowie Diskussionen in der Öffentlichkeit gesorgt, sowohl in China als auch international. In den westlichen Medien wurde China derzeit unnötige Härte im Umgang mit der Corona-Pandemie vorgeworfen und für eine Corona-Politik nach westlichem Muster wurde immer lauter plädiert. Wissenschaftler an der renommierten Fudan Universität haben ein solches alternatives Szenario einmal wissenschaftlich durchgerechnet und die Ergebnisse veröffentlicht. Dabei wird vor allem eines klar: In der Diskussion werden die Unterschiede zwischen z.B. China und Deutschland in der Größe und Struktur der Bevölkerung, der Impfabdeckung und den Kapazitäten der Gesundheitssysteme übersehen. Würde Chinas Zentralregierung den Forderungen nach einer sofortigen Aufhebung der NullCovid-Politik nachkommen, wären die Folgen katastrophal und würden 112 Millionen Erkrankungsfälle verursachen und in letzter Instanz 1,55



Millionen Menschen das Leben kosten. Die Forscher sprachen in diesem Fall von einem "Corona-Tsunami", der China überrollen würde.

Aber China sucht auch nach einem Balanceakt. Denn der Preis für die Null-Covid-Politik ist hoch und die Folgeschäden des Lockdowns sind erheblich. Die Zentralregierung überlegt derzeit, wie man die Maßnahmen aktuell anpassen und damit ihre negativen Auswirkungen auf das normale Leben sowie die Wirtschaft minimieren kann. Sie stützt sich dabei auf die am 10. Mai veröffentlichten Studie in Nature Medicine. Denn dort wurde zwar das Worst-Case-Szenario unter Berücksichtigung aller - auch der demographischen - Faktoren modelliert und kam zu dem entsprechend abschreckenden Ergebnis, aber die Wissenschaftler konnten auch zeigen, mit welcher Strategie eine leichte Abweichung von der Null-Covid-Politik möglich und vertretbar wäre.

Hier finden Sie die Nature-Studie.



Großer Panda Jiao Qing im Zoologischen Garten in Berlin

Hat Ihnen unser Newsletter gefallen? Sollten Sie daran Interesse haben, ihn auch weiterhin mindestens einmal im Monat zu beziehen, dann können Sie ihn per Mail hier abonnieren:

newsletter.botschaftchina@gmail.com

Hier finden Sie unser Newsletter-Archiv

Wenn Sie Kommentare oder Anregungen zum Newsletter haben oder ihn abbestellen wollen, schreiben Sie uns gerne an dieselbe Adresse. Wir freuen uns auf Ihr Feedback!



Botschaft der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland Märkisches Ufer 54, D-10179 Berlin

